

Informationspflichten nach Art. 12, 13 ff. DSGVO für Beschäftigte

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,
liebe(r) Mitarbeiter(in),

aufgrund der gesetzlichen Regelungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung („EU-DSGVO“) sind wir verpflichtet, Ihnen umfassende Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen Ihres Beschäftigungsverhältnisses zu erteilen, wozu wir sehr gerne bereit sind.

Datenschutz und der Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten ist uns sehr wichtig, so dass wir stets auf eine ordnungsgemäße Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten achten.

Für den Fall, dass Sie Fragen zu Ihren Beschäftigtendaten und deren Verarbeitung haben, steht Ihnen unser Datenschutzbeauftragter hierfür jederzeit gern zur Verfügung. Dieser unterliegt keinerlei Weisungen, ist in seiner Stellung unabhängig und gesetzlich zur Wahrung der Geheimhaltung und Vertraulichkeit verpflichtet, so dass Sie sich vertrauensvoll an diesen wenden können.

Bezüglich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen Ihres Beschäftigungsverhältnisses teilen wir Ihnen folgendes mit:

1.1 Name und Anschrift des Verantwortlichen

Ihr Ansprechpartner als Verantwortlicher im Sinne der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung („EU-DSGVO“) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

ParkRaum-Management PRM GmbH
Nägelsbachstraße 25b
91052 Erlangen

(im Folgenden als „wir“, „uns“ oder „unser“ bezeichnet)

1.2 Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten hat für uns einen hohen Stellenwert. Um dieser Bedeutung Ausdruck zu verleihen, haben wir ein auf Datenschutz und Datensicherheit spezialisiertes Beratungsunternehmen mit der Übernahme dieser zentralen Themen beauftragt. Auch unser Datenschutzbeauftragter kommt aus diesem sehr erfahrenen Expertenkreis. Wir werden beraten durch:

actago GmbH, Straubinger Straße 7, 94405 Landau an der Isar / www.actago.de

Bitte wenden Sie sich in allen Fragen rund um das Thema Datenschutz und Datensicherheit bei uns direkt an unseren Datenschutzbeauftragten von actago:

E-Mail: datenschutz@actago.de / Telefon: 09951/99990-20

1.3 Allgemeines im Rahmen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich nur, soweit dies zur Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist. Die weitere Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt regelmäßig nur, sofern wir uns Ihre vorherige Einwilligung hierzu eingeholt haben. Eine Ausnahme gilt in solchen Fällen, in denen eine vorherige Einholung einer Einwilligung aus tatsächlichen Gründen nicht möglich ist oder die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch eine gesetzliche Erlaubnis gestattet ist.

1.4 Allgemeines zur Datenverarbeitung im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses

1.4.1 Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

1.4.1.1 Personenbezogene Daten

Soweit wir für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten eine Einwilligung von Ihnen einholen, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. a EU-DSGVO, Art. 88 Abs. 1 EU-DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG als Rechtsgrundlage.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Begründung, Durchführung oder Beendigung des Arbeitsvertrages erforderlich ist, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. b EU-DSGVO, Art. 88 Abs. 1 EU-DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 1 BDSG, § 611a BGB als Rechtsgrundlage.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, welcher wir unterliegen, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. c EU-DSGVO als Rechtsgrundlage. Wir unterliegen unter anderem folgenden rechtlichen Verpflichtungen:

- § 28a SGB (Sozialgesetzbuch) IV; §198 ff SGB V; § 190 ff. , § 281c SGB VI DEÜV (Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung), zur Meldung an die Behörden
- § 829 Abs. 2 Satz 1 ZPO (Zivilprozessordnung) im Hinblick auf Gehaltspfändungen
- § 16 Abs. 2 ArbZG (Arbeitszeitgesetz) und § 7d Abs. 1 Satz 1 SGB IV, zur Dokumentation der Arbeitszeitkonten
- §§ 16, 17 MiLoG (Mindestlohngesetz), zur Dokumentation der Arbeitszeit sowie zur Erfüllung der Meldepflicht gegenüber den Behörden
- §§ 49, 50 JArbSchG (Jugendarbeitsschutzgesetz), zur Erfüllung der Auskunfts- und Dokumentationspflichten gegenüber den Behörden
- §§ 7, 17 b AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz), zur Erfüllung der Dokumentations- und Auskunftspflichten gegenüber den Behörden
- §§ 76, 88, 101 BBiG (Berufsbildungsgesetz), zur Erfüllung der Dokumentations- und Auskunftspflicht gegenüber der Behörden
- § 163 SGB IX (Rehabilitation und Teilnahme von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben) zur Umsetzung des Zusammenwirkens zwischen Arbeitgeber, Agentur für Arbeit und Integrationsämter
- § 312 SGB III zur Erteilung der Arbeitsbescheinigung gegenüber der Agentur für Arbeit
- § 27 MuSchG, zur Erfüllung der Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten gegenüber den Behörden.

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen von Ihnen oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. d EU-DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses von uns oder eines Dritten erforderlich und überwiegen Ihre Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten das erstgenannte Interesse nicht, so dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

1.4.1.2 Besondere Kategorien personenbezogener Daten

Soweit wir für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten eine Einwilligung von Ihnen einholen, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. a EU-DSGVO, Art. 88 Abs. 1 EU-DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG als Rechtsgrundlage.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Begründung, Durchführung oder Beendigung des Arbeitsvertrages erforderlich ist, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. b EU-DSGVO, Art. 88 Abs. 1 EU-DSGVO i.V.m. § 26 Abs. 1 BDSG, § 611a BGB als Rechtsgrundlage.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, welcher wir unterliegen, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. c EU-DSGVO als Rechtsgrundlage. Wir unterliegen unter anderem folgenden rechtlichen Verpflichtungen:

- § 28a SGB (Sozialgesetzbuch) IV; §198 ff SGB V; § 190 ff. , § 281c SGB VI DEÜV (Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung), zur Meldung an die Behörden
- § 829 Abs. 2 Satz 1 ZPO (Zivilprozessordnung) im Hinblick auf Gehaltspfändungen
- § 16 Abs. 2 ArbZG (Arbeitszeitgesetz) und § 7d Abs. 1 Satz 1 SGB IV, zur Dokumentation der Arbeitszeitkonten
- §§ 16, 17 MiLoG (Mindestlohngesetz), zur Dokumentation der Arbeitszeit sowie zur Erfüllung der Meldepflicht gegenüber den Behörden
- §§ 49, 50 JArbSchG (Jugendarbeitsschutzgesetz), zur Erfüllung der Auskunfts- und Dokumentationspflichten gegenüber den Behörden
- §§ 7, 17 b AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz), zur Erfüllung der Dokumentations- und Auskunftspflichten gegenüber den Behörden
- §§ 76, 88, 101 BBiG (Berufsbildungsgesetz), zur Erfüllung der Dokumentations- und Auskunftspflicht gegenüber der Behörden
- § 163 SGB IX (Rehabilitation und Teilnahme von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben) zur Umsetzung des Zusammenwirkens zwischen Arbeitgeber, Agentur für Arbeit und Integrationsämter
- § 312 SGB III zur Erteilung der Arbeitsbescheinigung gegenüber der Agentur für Arbeit
- § 27 MuSchG, zur Erfüllung der Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten gegenüber den Behörden.

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen von Ihnen oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. d EU-DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses von uns oder eines Dritten erforderlich und überwiegen Ihre Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten das erstgenannte Interesse nicht, so dient uns Art. 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

1.4.2 Zwecke der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zum Zwecke der Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses, insbesondere zur Erfüllung arbeitsvertraglicher, gesetzlicher, sofern vorliegend kollektivvertraglicher, sowie sozialversicherungsrechtlicher Verpflichtungen.

1.4.3 Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen wir unterliegen, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

Danach speichern wir Ihre Daten unter anderem für folgende Zeiträume:

- Belege zum Lohnkonto bis zu 10 Jahre nach § 147 Abs. 1 Nr. 4,5 i.V.m. Abs. 3 AO (Abgabenordnung); § 41 Abs. 1 S. 9 EStG (Einkommenssteuergesetz); § 257 Abs. 1 Nr. 1, 4 i.V.m. § 238 Abs. 1 HGB (Handelsgesetzbuch)
- Abmahnungen bis 2,5 Jahre (laut Rechtsprechung)
- Bewerbungsunterlagen,-daten, nach Entscheidung über Nichtbesetzung, bis zu 6 Monate, Diskriminierungsbeweislast, Frist §§ 21 Abs. 5, 22 AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz)
- Bewerbungsunterlagen ansonsten: Bei Auflösung, Beendigung des Arbeitsverhältnisses
- Arbeitszeitnachweise 2 Jahre nach § 16 Abs. 2 ArbZG (Arbeitszeitgesetz)
- Arbeitszeitnachweise 2 Jahre nach § 50 JArbSchG (Jugendarbeitsschutzgesetz)
- Arbeitszeitnachweise 2 Jahre nach § 17 Abs. 1 MiLoG (Mindestlohngesetz)
- Sonstige Arbeitszeitnachweise 6 Jahre, § 147 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 3 AO

1.4.4 Widerspruchs und Beseitigungsmöglichkeit

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses ist für die Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses zwingend erforderlich. Es besteht folglich für Sie keine Widerspruchsmöglichkeit.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt, haben Sie jederzeit die Möglichkeit, Ihre Einwilligung zu widerrufen.

1.5 Rechtsverteidigung und Rechtsdurchsetzung

1.5.1 Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Rahmen der Rechtsverteidigung und Rechtsdurchsetzung ist Art. 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO bzw. Art. 9 Abs. 2 lit. f EU-DSGVO.

1.5.2 Zweck der Datenverarbeitung

Rahmen der Rechtsverteidigung und Rechtsdurchsetzung ist Art. 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO bzw. Art. 9 Abs. 2 lit. f EU-DSGVO.

1.5.3 Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind.

1.5.4 Widerspruchs und Beseitigungsmöglichkeiten

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Rechtsverteidigung und Rechtsdurchsetzung ist für die Rechtsverteidigung und Rechtsdurchsetzung zwingend erforderlich. Es besteht folglich für Sie keine Widerspruchsmöglichkeit.

1.6 Empfängerkategorien

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen und Abteilungen personenbezogene Daten, die diese zur Erfüllung der zuvor genannten Zwecke brauchen. Daneben bedienen wir uns zum Teil unterschiedlicher Dienstleister und übermitteln Ihre personenbezogenen Daten an weitere vertrauenswürdige Empfänger. Diese können z.B. sein:

- Personalabteilung
- Vorgesetzte des betroffenen Beschäftigten
- Lohnbuchhaltung
- Finanzbuchhaltung
- Betriebsrat
- Datenschutzbeauftragter
- Schwerbehindertenvertretung
- Gleichstellungsbeauftragter
- Controlling/Revision
- Sozialversicherungsträger: Krankenversicherungen, Ärzteversorgungskassen, Rentenversicherungsträger
- Arbeitsagentur
- Aufsichts-, Arbeitssicherheitsbehörden
- Finanzamt
- Integrationsamt im Falle einer Schwerbehinderung
- Berufsgenossenschaft
- Bankinstitute
- Versicherungsunternehmen
- Externe Dienstleister
- Aktenvernichter
- Gläubiger, bei Lohn- und Gehaltspfändungen
- IT-Dienstleister
- Rechtsanwälte, Gerichte, Steuerberater

1.7 Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Unbeschadet eines anderweitigen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde zu. Zuständige Aufsichtsbehörde ist:
Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA), Promenade 18, 91522 Ansbach
- Wenn Sie in die Datenerhebung durch den oben genannten Verantwortlichen durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.